

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB
zum 20. Jahrestag des Atom-
waffensperrvertrages: Für
eine Konferenz aller nicht-
atomaren Staaten.

Seite 1

Hans Böhler MdB zu einer
Reise von SPD-Deutschland-
politikern in die DDR: Im
Gespräch bleiben und Fort-
schritte erreichen.

Seite 3

Professor Dr. Kurt Nimitz
zum Gedenken an Julius
Moses: Der vor 120 Jahren
geborene SPD-Reichstags-
abgeordnete vermittelte viele
Anstöße, die heute wieder
Interesse finden.

Seite 5

43. Jahrgang / 123

1. Juli 1988

Für eine Konferenz aller nichtatomaren Staaten

Zum 20. Jahrestag des Atomwaffensperrvertrages

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungs-
kontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Heute vor 20 Jahren - am 1. Juli 1968 - unterzeichneten die
Atomwaffenstaaten USA, Sowjetunion und Großbritannien
den Atomwaffensperrvertrag und luden alle Staaten zur Un-
terzeichnung ein. Dieser Vertrag ist der wichtigste aller bis-
herigen Verträge zur Einschränkung atomarer Rüstung.

Die Philosophie des Atomwaffensperrvertrages lautet: Die
nichtatomaren Staaten verzichten auf Herstellung und Besitz
von Atomwaffen. Dafür verpflichten sich die atomaren Staaten
zu atomarer Abrüstung. Diese Verpflichtung war die Voraus-
setzung für die Bereitschaft von weit über 100 nichtatomaren
Ländern, diesem Vertrag beizutreten. Die erste außenpoliti-
sche Amtshandlung der sozialliberalen Koalition im Jahre
1969 war die Unterschrift der Bundesrepublik Deutschland
zu diesem Vertrag.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verbindlicher Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Der 1968 von den Signatarmächten USA, Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnete Vertrag trat am 1. Juli 1970 in Kraft. Seine vorläufige Geltungsdauer reicht bis 1995. Wenn bis dahin die Verpflichtung der Atomwaffenstaaten zu atomarer Abrüstung keine konkreteren Formen erhält, besteht die große Gefahr, daß dann zahlreiche weitere Staaten mit atomarer Rüstung beginnen.

Nach Auffassung der SPD muß alles getan werden, um den Atomwaffensperrvertrag zu verlängern und für die gesamte Staatenwelt verbindlich zu machen. Vor allem ist es dazu notwendig, daß die atomaren Staaten ihre Verpflichtungen zügiger einlösen. Die SPD bekräftigt deshalb aus Anlaß des 20. Jahrestages der Unterzeichnung dieses Vertrages ihre Forderung nach Einberufung einer Konferenz aller nichtatomaren Staaten.

Diese Konferenz soll die Aufgabe haben, die Forderungen zur atomaren Abrüstung zu untermauern und rechtzeitig die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages vorzubereiten. Schon einmal - im September 1968, wenige Wochen nach der Erstunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages - fand eine solche Konferenz der Nichtatomwaffenstaaten statt, die den Weg für die Unterschrift zahlreicher Staaten frei machte.

Angesichts der akuten Gefahr der Vermehrung der Zahl von Atomwaffenstaaten, ist der Atomwaffensperrvertrag aktueller denn je. Deshalb sind rechtzeitig weltweite Initiativen zur Festigung dieses Vertragswerkes von höchster politischer Dringlichkeit.

(-/1.7.1988/rs/ks)

* * *

Im Gespräch bleiben und Fortschritte erreichen

Zu einer Reise von SPD-Deutschlandpolitikern in die DDR

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Daß die jährliche Reise der Arbeitsgruppe innerdeutsche Beziehungen der SPD-Fraktion - im Gegensatz zu jener der CDU/CSU-Gruppe - erfolgreich durchgeführt wurde, zeigt das Bemühen auf beiden Seiten, im Gespräch zu bleiben und Fortschritte zu erreichen.

Uns ging es vor allem darum, neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit - zum Beispiel im Umweltbereich - auszuloten. Dazu haben wir interessante Hinweise erhalten, wie auch zu anderen Themen wie Reformen in der UdSSR und zum innerdeutschen Reiseverkehr.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Information vor Ort und das direkte Gespräch mit den Verantwortlichen - auch in den Kommunen - unersetzbar sind.

Im Ergebnis fühlen wir uns in der Einschätzung bestärkt, daß die Kooperation zum Beispiel im Umwelt- und Wirtschaftsbereich noch sehr ausbaufähig ist. Es hat sich auch wieder gezeigt, daß es in der DDR einen starken Reformdruck gibt und nur mehr Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Menschen die vorhandenen innenpolitischen Probleme der DDR mildern können.

Bei dem Gespräch mit Kirchenvertretern in Eisenach wurde deutlich: Die Kirche ist über die innere Entwicklung der DDR besorgt. Ohne diese Rolle gesucht zu haben, wurde sie zum Ansprechpartner kritischer Gruppen, denen der Staat den Dialog verweigert. Dabei ist sie selbst noch mit dem Problem konfrontiert, daß Christen in Ausbildung und Beruf diskriminiert werden.

Bei unserer Begegnung mit dem Ersten Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg, Eberlein, wurde deutlich, daß man in der DDR die Notwendigkeit von Reformen in der UdSSR sieht. Dort könne es nicht so weitergehen, wie zuletzt unter Breschnew. Die Veränderungen in der Sowjetunion würden auch Konsequenzen für die Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR haben: Wenn in der UdSSR Kompetenzen von Ministerien an Betrieben übergehen, bleibt das nicht ohne Auswirkungen auf die Partner-Betriebe in der DDR, die sich darauf einstellen müssen. Die Wahl von Betriebsleitern in der DDR ist übrigens nicht vorgesehen. DDR-Betriebsleiter würden bereits genügend kontrolliert, müßten sich gegenüber Partei, Gewerkschaft und Belegschaft rechtfertigen.

Deutlich wurde: Gorbatschows Politik wird in der DDR mit Sympathie betrachtet, niemand in der DDR arbeitet dagegen. Zugleich wurde uns gesagt, es gebe keine Übernahme aller Elemente der Umwandlung, weil jedes Land aufgrund seiner eigenen Bedürfnisse entscheide und handele.

Zum Thema Reisen erfuhren wir: Die DDR will weiterhin mehr Reisen zulassen. Reisen und Übersiedlungen seien aber vor allem ökonomische Fragen. Eine allgemeine Freizügigkeit würde so teuer werden, daß die DDR ihr Subventionssystem, das die Preise stütze und niedrighalte, nicht halten könnte.

Die Gruppe hat sich bei Gesprächen mit dem Rat des Kreises Eisenach und Abgeordneten sowie Vertretern der Stadtverwaltung in Magdeburg auch intensiv über Fragen des Umweltschutzes, der Sozial- und Wohnungsbaupolitik sowie den möglichen Ausbau des deutsch-deutschen Tourismus und der Städtepartnerschaften informiert. Dabei wurde überall deutlich, daß das Wohnungsbauprogramm (bis 1990 jedem 26 qm Wohnraum) absoluten Vorrang hat und wohl auch durchgeführt wird.

Beim Thema Umweltschutz wurde uns dargelegt, daß dieser durch Benutzung schwefelarmer Braunkohle und Auflagen für Betriebe praktiziert werde, dies sei aber auch eine ökonomische Frage. Die DDR wolle hier mit uns zusammenarbeiten, das wurde immer wieder deutlich. Ich meine: Die Bundesregierung könnte hier mehr tun und das Umweltabkommen mit Leben erfüllen. Dabei spielt bekanntlich auch die Frage der Regelung der Elbe-Grenze eine wichtige Rolle.

Schließlich: Der Tourismus könnte ausgebaut werden, wenn es mehr Hotels - vor allem mittlerer Preisklasse - gäbe. Wegen des Wohnungsbauprogramms werden aber kaum Hotels gebaut. Politiker in beiden Staaten sollten sich mehr Gedanken darüber machen, wie wir der DDR auf diesem Sektor - auch zum eigenen Nutzen - helfen können.

(-/1.7.1988/rs/ks)

* * *

Julius Moses zum Gedenken

Der vor 120 Jahren geborene SPD-Reichstagsabgeordnete vermittelte viele Anstöße, die heute wieder Interesse finden

Von Professor Dr. Kurt Nernitz
Präsident der Landeszentralbank in Bremen

Dem Lebenswerk des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Julius Moses, der am 2. Juli 1868 - also vor nunmehr 120 Jahren - geboren wurde, ist in letzter Zeit besonderes Interesse gewidmet worden. Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Denn viele der aktuellen Diskussionspunkte, so zum Beispiel zum Paragraphen 218 oder zur vorbeugenden Gesundheitspflege, wurden durch seine Beiträge in den zwanziger Jahren präzisiert und vorgeformt.

Die Gesundheitspolitik der Weimarer Republik verdankt ihm entscheidende Anstöße. Nicht nur als gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion, sondern auch als Mitglied des Reichsgesundheitsrates meldete er sich mit wichtigen Beiträgen zu Wort. Seine Anregungen zur Entwicklung der sozialen Hygiene sind von dem israelischen Historiker Daniel Nadav vom Institut für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv in einer umfangreichen Arbeit („Julius Moses und die Politik der Sozialhygiene in Deutschland“, Bleicher-Verlag, Gerlingen 1985) gewürdigt worden.

Seine politischen Spuren hatte sich Moses, gemeinsam mit Rudolf Breitscheid, bei der Freisinnigen Partei und der Demokratischen Vereinigung verdient. Im Jahr 1898 hielt er, als Dreißigjähriger, auf der denkwürdigen Feier zur fünfzigsten Wiederkehr der Märzrevolution von 1848 in Berlin die Festansprache. 1910 schloß er sich dann der Sozialdemokratie an. Mit dieser Weichenstellung schuf er sich die Basis, die ihm Ausgangspunkt für seine spätere Tätigkeit als Mitglied des Reichstags (1920 bis 1932) und als Vorstandsmitglied von USPD und SPD wurde.

In Moses' politischer Laufbahn stellt die „Gebärstreikdebatte“ von 1913 einen ersten Höhepunkt dar, der ihn in breiten Bevölkerungskreisen bekanntmacht und sein Ansehen als fachlich befähigten, überzeugungskräftigen und schlagfertigen Redner erheblich steigen läßt. Die eigentliche Bedeutung seiner Kampagne für den Gebärstreik mag wohl darin zu sehen sein, daß sie die alte Debatte über die Alternative „Quantität oder Qualität des Bevölkerungswachstums“ auf den maßgebenden Bezugspunkt der sozialen Ausgestaltung der Gesellschaftsordnung fixierte und die Regulierung der Geburtenzuwachsrate als eine Voraussetzung für die Wohlstandsmehrung und den Kulturaufstieg der Völker ansah. Zieht man den großen Bogen zu den heutigen Diskussionen über die „Familienplanung“ (die für die überbevölkerten Entwicklungsländer immer mehr von schicksalhafter Bedeutung wird), so wird man sagen können, daß die der Gebärstreik-Kampagne zugrundeliegenden Gedanken - wenn auch in veränderter Form - über ein halbes Jahrhundert später in glänzender Weise bestätigt wurden. Das gleiche gilt für seine Denkschrift über die Arbeitslosigkeit als Problem der Volksgesundheit.

In der Zeit seiner Tätigkeit als Mitglied des Reichstags ist Moses aber nicht nur auf dem Feld der Gesundheitspolitik, sondern auf zahlreichen anderen Gebieten tätig. So wirkt er aktiv im parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918 mit. Er wird zum Berichterstatter über die Fragen des Verhaltens des Deutschen Reichstages im Weltkrieg bestimmt und weist die Legende von der angeblichen „Drückebergerei“ der Juden im Weltkrieg zurück.

Ein anderes Gebiet seiner parlamentarischen Tätigkeit umfaßt die Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung. Im Jahre 1929 kommt es zu einem öffentlichen Skandal, als er im Reichstag die Förderung antisemitischer Machwerke durch die Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaften aufdeckt. Der „Fall Ludwig Schemann“ trägt für die Entwicklung des geistigen Klimas der Weimarer Zeit symptomatische Züge.

In den letzten Jahren der Republik gehört Moses zu denjenigen, die rechtzeitig vor den Gefahren des Nationalsozialismus warnen. Er sieht die Tötung unheilbar Kranker voraus und verurteilt die Hetze gegen jüdische Ärzte. 1931 berichtet er über „Nationalsozialistische Ärzte als Provokateure“. Noch am 25. Januar 1933 warnt er in seiner Zeitschrift „Der Kassenarzt“ vor dem „Pg. Conti im Preussischen Innenministerium“. Dann nimmt die Tragödie ihren Lauf.

Moses gehört zu denjenigen Politikern der Weimarer Republik, die nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten - obwohl als Parlamentarier und als Jude doppelt gefährdet - das Schicksal auf sich nahmen, an der Stätte ihres politischen Wirkens, in Berlin, zu bleiben. Die Selbstverständlichkeit, mit der er diese Entscheidung traf, entsprach der Überzeugungskraft eines gereiften Politikers, der auch Schicksalsschläge ungebeugt auf sich nimmt, und einem tief verwurzelten Zugehörigkeitsgefühl zur Kultur und zu den Menschen seines Heimatlandes. Gleichwohl mag er auch dadurch maßgebend beeinflusst worden sein, daß er 1933 schon 65 Jahre alt war und auf ein erfülltes Leben zurückblicken konnte.

Hinzu kam die enge Bindung an den Berliner Freundeskreis um den früheren Reichspräsidenten Paul Löbe, die spätere Bürgermeisterin Louise Schröder und die frühere Reichstagsabgeordnete Anna Nemitz. Jahrelang trafen sich die Freunde, mal in der einen, mal in der anderen Wohnung oder bei einem Spaziergang im Grunewald. Diese Freundschaft hat, trotz aller Gefährdungen, die schwersten Stürme überstanden. Sie war überdies auch Kristallisationspunkt für einen größeren Kreis Gleichgesinnter, der engen Kontakt hielt.

Im Juni 1942 wurde Moses - 74jährig - nach Theresienstadt deportiert. Über die letzten Wochen liegt ein erschütternder Bericht von Hermann Wolff vor, der im Mai 1944 fliehen konnte, bei sozialdemokratischen Freunden in Berlin ein Versteck fand und das Inferno überlebte. „Als Häftling I/39 - 3250 kam ich am 6. August 1942 in das Lager Theresienstadt“, so heißt es in dem Bericht, „woselbst ich sofort auf die Suche nach meinen Berliner Freunden und Bekannten ging. Ich fand wenige Tage später Dr. Moses als sogenannten „prominenten Häftling“, mit zehn Herren ein Zimmer teilend, auf dem Boden liegend, nur notdürftig mit einer Decke zugedeckt, sehr unter nagendem Hunger leidend, aber voller Hoffnung auf eine baldige bessere Zukunft“. Moses habe ihm aufgegeben, bei geglückter Flucht über das Leben im Lager und über seine Hoffnung auf den Sieg über die Unmenschlichkeit zu berichten.

Der Tod kam am 24. September 1942. In der Todesurkunde wird bescheinigt, daß die Beerdigung auf dem Gettofriedhof am 27. September 1942, Reihe 68, Schacht D, stattfand.

(-/1.7.1988/rs/ks)